

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

TUJETSCH

Autoverlad am Oberalpass: Auch die Region protestiert

Die Region Surselva unterstützt in einer einstimmig gefassten Resolution der Präsidentenkonferenz die Position der Gemeinde Tujetsch (Ausgabe vom Dienstag) zur Einstellung des Autoverlads am Oberalpass. Auch sie lehne das Aus für das Angebot ab, heisst es in einer Medienmitteilung vom Dienstag. Und sie verlange vom Kanton Graubünden, vom Bundesamt für Verkehr, von der Matterhorn Gotthard Bahn sowie von der Rhätischen Bahn die Umsetzung zweier sofortiger Angebotsverbesserungen: Einerseits sei ein Halbstundentakt Sedrun/Dienichur ohne Umsteigen in Disentis einzuführen, andererseits brauche es Früh- und Spätverbindungen inklusive Nachtzüge über den Oberalpass. Als Leuchtturm-Vorhaben sei zudem die Porta Alpina gemäss Auftrag des Grossen Rats konsequent voranzutreiben. (jfp)

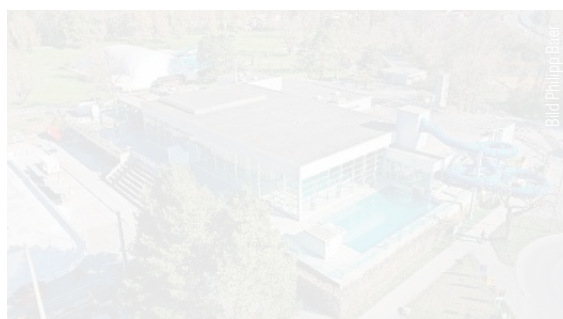
CHUR

Velofahrerin bei Unfall in Churer Kreisel leicht verletzt

Im Kreisel Ring-/Tittwiesenstrasse in Chur hat ein 41-jähriger Autolenker am Dienstag kurz vor 10 Uhr eine Velofahrerin angefahren. Die 26-Jährige stürzte und zog sich leichte Verletzungen am rechten Bein zu. Wie die Stadtpolizei Chur in einer Mitteilung schreibt, begab sich die Velofahrerin selbstständig zur Kontrolle zu ihrem Hausarzt. Am Personenwagen und am Fahrrad entstand leichter Sachschaden. Der genaue Unfallhergang wird durch die Stadtpolizei Chur noch abgeklärt. (red)

CHUR

Stadt Chur öffnet Sportanlagen teilweise wieder



Nach dem Bundesratsentscheid, wieder mehr Aktivitäten für Jugendliche zu erlauben, baut die Stadt Chur ihr Sportangebot wieder aus. Die Schliessung der städtischen Sportanlagen für Vereine wurde aufgehoben und das Alter für die freie Nutzung von Sportanlagen auf 20 Jahre (Jahrgang 2001) angehoben, wie es in einer Mitteilung heisst. Den Vereinen und Jugendlichen stehen ab 8. März das Hallenbad und das Hallenstadion wieder für Trainings zur Verfügung. Kunstrasenplätze sollen für alle Altersgruppen wieder öffnen. Die Schliessung der Sport- und Eventanlagen seit Anfang Dezember wurde laut Mitteilung für Revisionsarbeiten und Aufwertungen des Areals genutzt. (red)

CHUR

Zeckenimpfung in Apotheken

Die Zahl der von Zecken übertragenen Frühsommer-Meningoenzephalitis-Infektionen (FSME) hat letztes Jahr mit fast 435 Fällen einen neuen Höchststand erreicht. Mit einer Impfung in den Bündner Apotheken können sich gesunde Personen ohne Voranmeldung und ohne ärztliches Rezept impfen lassen, wie der Bündner Apothekerverband schreibt. Die Impfung gewähre einen guten Schutz und werde vom Bundesamt für Gesundheit empfohlen. (red)



Bald geht es los: Nächste Woche starten in Graubünden die fast flächendeckenden Coronatests an Schulen.

Bild Alexandra Wey / Keystone

Der Bündner Testmarathon geht in die nächste Runde

Graubünden legt mit den Schultestungen im grossen Stil los. Die Bündner Regierung hofft währenddessen auf klare Signale vom Bund, was die Teststrategie angeht.

von Patrick Kuoni

Nächste Woche enden in einem Grossteil Graubündens die Sportferien. Gleichzeitig beginnen in vielen Schulen die regelmässigen Covidtests. Alle neun Mittelschulen im Kanton sowie mehr als drei Viertel aller Volksschulen haben sich laut Bildungsdirektor Jon Domenic Parolini für die Tests angemeldet, die in der Regel einmal pro Woche erfolgen werden. Diejenigen Schulen, die sich noch nicht angemeldet haben, können dies nach wie vor tun. «Wir hoffen, dass wir dadurch bald Lockerungsmassnahmen treffen können. Etwa auch, was die Maskenpflicht betrifft», erklärte Parolini am Dienstag vor den Medien.

Teststrategie auch ohne Bund

Gesundheitsdirektor Peter Peyer führte ausserdem aus, dass man

weiterhin in Diskussion mit dem Bund stehe, und zwar punkto Teststrategie. «Klar ist, dass wir unsere Teststrategie weiterführen, egal, ob der Bund die Kosten trägt.»

Wenn der Bund sich beteilige, sei dies erfreulich, sagte Peyer. Bern habe bislang zugesichert, einen Teil der Kosten für die Betriebstests im Kanton zu übernehmen. «Nach neuesten Informationen handelt es sich dabei um Betriebe, bei denen Homeoffice nicht möglich ist und wo sich mehrere

«Klar ist, dass wir unsere Teststrategie weiterführen, egal, ob der Bund die Kosten trägt.»

Peter Peyer
Bildungsdirektor

Personen in einem Raum aufhalten müssen.» Gemäss Peyer ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. «Denn auch wenn das Größte durch ist, werden Tests wohl noch eine Zeit lang ein wichtiges Instrument bleiben, um schneller Lockerungen vornehmen zu können.»

Dies scheinen auch die Bündner Ständeräte so zu sehen. Laut der Zeitung «Blick» hat Martin Schmid (FDP) nach Absprache mit Stefan Engler (CVP) einen Antrag in der Wirtschaftskommission eingereicht, der eine neue Bestimmung im Covid-19-Gesetz fordert. Der Bund solle die Durchführung von Tests fördern und die ungedeckten Kosten tragen. Der Antrag wurde in der ständerätlichen Kommission mit 10:0 Stimmen bei einer Enthaltung unterstützt. Dies begrüsst Peyer.

Bekanntnis erwünscht

Fast wichtiger ist für Gesundheitsdirektor Peyer aber etwas Ande-

res: «Wir haben versucht, verschiedenen Bundesstellen zu erklären, dass die vielen Tests sich auch auszahlen müssen, da sonst im schlimmsten Fall die ganze Teststrategie untergraben wird.» Er wünscht sich deshalb vom Bund ein klares Bekenntnis zur Bündner Teststrategie. «Wir haben das Gefühl, dass zwar immer betont wird, wie wichtig Tests seien, aber dass relativiert wird, sobald es um Kosten und Logistik geht.»

Wenn die Bevölkerung feststelle, dass es trotz vieler Tests kaum Lockerungen gebe, dann sinke die Testbereitschaft. Ihm sei bewusst, dass ein erneuter Flickenteppich wie zum Ende des vergangenen Jahres vermieden werden müsse, hielt Peyer fest. «Das Ganze ist deshalb ein bisschen eine Gratwanderung.» Wenn in Graubünden etwa viel offen sei und in St. Gallen nicht, führe dies zu einer Mobilität, welche die Pandemiebekämpfung behindere.

«Büezer» dürfen ins Restaurant

Bündner «Büezer» müssen über Mittag nicht mehr in der Kälte essen – sie dürfen nun ins Restaurant. Also zumindest in der Theorie, denn dafür müssten diese erst einmal öffnen.

von Andri Nay

Restaurants sind derzeit geschlossen. Doch es gibt eine Ausnahme: Sie dürfen zwischen 11 und 14 Uhr als Betriebskantinen für Berufstätige im Aussendienst öffnen. Eine entsprechende Zulassung hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) letzten Donnerstag erteilt.

Im offiziellen Schreiben des BAG an die Kantonsregierungen ist genau geregelt, wie dieser Kantinebetrieb organisiert sein muss. So gilt beispielsweise eine Sitzpflicht bei der Konsumentation sowie eine allgemeine Maskenpflicht beim Betreten und Verlassen des Restaurants und beim

Gang auf die Toilette. Auch beim Essen muss der erforderliche Abstand von jeder Person eingehalten werden; Gästegruppen, die nahe zusammensitzen, sind nicht zulässig. Kontrolliert wird die Umsetzung der Schutzkonzepte durch den Kanton, wie es weiter heisst.

Keine Bewilligung notwendig

«Die Betriebskantinen für Bauarbeiter wurden bereits ermöglicht», schreibt die Bündner Kommunikationsstelle Coronavirus auf Anfrage. Um über den Mittag für Mitarbeitende des Gartenbaus, der Land- und Forstwirtschaft, für Handwerksleute, Bau- und Stras-

senarbeiter sowie für Berufstätige im Bereich Montageservice zu öffnen, sei ausserdem keine Bewilligung notwendig.

Der Kanton St. Gallen gab am Dienstag gegenüber «srf.ch» bekannt, 45 «Beizen für Büezer» hätten sich angemeldet. Dagegen verweist die Bündner Kommunikationsstelle lediglich darauf, dass keine Gesuche vorliegen, da diese nicht notwendig seien. Die Vermutung: Der Kanton weiss nicht, welche Restaurants mitmachen.

Wo sind die «Büezer-Beizen»?

Somit bleibt unklar, wie viele Restaurants in Graubünden überhaupt von der Möglichkeit ge-

brauch machen, am Mittag den «Büezern» ihre Türen zu öffnen. Dass dies womöglich nicht allzu viele seien, vermutete Regierungsrat Marcus Caduff bereits vergangene Woche gegenüber TV Südostschweiz. Er sagte: «Es stellt sich für mich die Frage, ob es sich lohnt, für Restaurants über Mittag zu öffnen, um diese Arbeiter zu verköstigen.»

Dennoch ist Caduff froh, dass nun Arbeiterinnen und Arbeiter, für die es sehr umständlich wäre, sich draussen zu verpflegen, eine Alternative bekommen. Er fügte an: «Diese Massnahme des Bundes ist genau für diese Arbeitskräfte gedacht.»